

Das Volk vor Gericht

Nach der Volksabstimmung ist vor der Volksabstimmung. Die Bürger von Mals haben für ein Pestizidverbot auf Gemeindegebiet gestimmt, die Gegner verschanzen sich immer noch hinter juristischen Argumenten. Das Volk hat sich mehr Respekt verdient.



von Georg Mair

Klaus Runer, Bürgermeister von Terlan, ist Bauer, er baut Äpfel und Spargel an. Runer hat ein Gespür für die politische Großwetterlage. Er ist kein Biobauer, aber er sagt: „Die Diskussion um die Verwendung von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln ist erst am Anfang, wir sollten uns der Diskussion stellen.“

Landesregierung und Bauernbund würden die Diskussion um Spritzmittel in der Landwirtschaft am liebsten schnell beenden. Denn je länger sie dauert, umso mehr bedroht sie die Interessen der (Obst-)Bauernlobby. Am liebsten hätte man, so scheint es, wenn die EU-Kommission in Brüssel, die Regierung in Rom und die Regierungskommissarin in Bozen die Volksabstimmung von Mals mit einem Federstrich annullieren würden. In Mals stimmten die Bürgerinnen und Bürger per Briefwahl (so vorgesehen von der Gemeindeordnung) mit einer Mehrheit von 75 Prozent für ein Verbot von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln auf Gemeindegebiet – sie scherzten nicht um die Meinung des Bauernbundes, sie waren so frech, eine eigene zu haben.

Am Montag titelten die *Dolomiten* auf der ersten Seite „Kein erhöhtes Krebsrisiko in Südtirols Obstbaugebieten“, am Dienstag hieß es ebendort „Paukenschlag in Mals: Referendum null und nichtig“, und die Lettern wurden dabei immer größer. Reiner Zufall? Im ersten Fall wurde eine Studie zitiert, die es noch gar nicht gibt, im zweiten Fall ein juristischer Einwand gegen die Volksabstimmung aufgegriffen, der wohlbekannt ist – nämlich, dass die Volksabstimmung gegen EU-Recht verstoße und die Gemeinde Mals in der Materie gar keine Zuständigkeit habe. Neu war lediglich, dass das Regierungskommissariat in einem Schreiben an die Landesregierung Bedenken geäußert hatte.

Selbst wenn sich herausstellen sollte, dass die Volksabstimmung nicht zulässig war – und das ist bei der herrschenden gesetzlichen Lage gut möglich – wären Landesregierung, Landwirtschaftslandesrat Arnold Schuler und der Südtiroler

Bauernbund gut beraten, die Debatte nicht mit formaljuristischen Argumenten vom Tisch zu wischen – das wäre eine eindeutige Missachtung des Wählerwillens. Denn das Volk von Mals hat sich ganz klar für einen anderen Umgang mit Pestiziden ausgesprochen.

Wie wäre es also, wenn man dem Volkswillen nicht nur mit dem Verweis auf Gesetze begegnen würde? Gesetze sind Auslegungssache, jede Institution interpretiert sie ihren Interessen gemäß aus, und das heißt, es gibt bisher zur Rechtmäßigkeit der Volksabstimmung in Mals kein unabhängiges Rechtsgutachten. Warum die Volksabstimmung für null und nichtig erklären, bevor ein unabhängiges Gericht darüber entschieden hat? Im ständigen Verweis auf Gesetze schwingt auch die Angst mit, dass die Volksabstimmung ihre Gültigkeit behält oder die Malser einen geschickten Weg finden, die Absicht der Bürgerinnen und Bürger so umzusetzen, dass man der Umsetzung nicht leicht beikommen kann.

Wie wäre es also, wenn man die Sache umdrehen würde, wenn Bauernbund und Landesregierung sagen würden, wir respektieren den Willen des Volkes und fördern in Mals die biologische Landwirtschaft; wenn sie sagen würden, wir machen daraus in 20 Jahren eine exemplarische Biogemeinde, und wir Bauern machen den Anfang; wenn der Bauernbund, statt sich zu sperren, sagen würde, für einmal sind wir Bauern die Avantgarde und nicht der Hort der Tradition.

Es sind nicht die Befürworter eines Pestizidverbots, die einen Kompromiss verhindern, sie haben nach der Abstimmung durchblicken lassen, dass sie dazu bereit sind, sondern die Gegner. Sie mobilisieren in diesen Tagen massiv, das kann man sehen und hören (warum sind die Biobauern so leise?). Die Angst geht um. Wehe, wenn die Diskussion eine Obstbaugemeinde wie Terlan erreicht, wenn es nicht vorher gelingt, sie zu entschärfen. Und das gelingt bestimmt nicht, wenn man gegen das Volk vor Gericht zieht. Das Volk hat sich mehr Respekt verdient. ■

Nach der Volksabstimmung in Mals wird mit den gleichen Waffen weitergekämpft wie vorher. **Warum gehen Bauernbund und Landespolitik nicht auf die Bürger zu?**